

Schluss: Wie der Kalte Krieg endete und die SPD an Integrationskraft verlor

Der Kalte Krieg kam in den frühen achtziger Jahren an sein Ende – just in dem Moment, als der Ton zwischen Washington und Moskau immer schärfer wurde. Vielen Beobachtern erschien er als das Überbleibsel einer Vergangenheit, die sich die atomare Konfrontation noch leisten konnte. In einer Welt, die von Interdependenz, Globalisierung und Netzwerken geprägt schien, hatte er keine Erklärungskraft mehr. Der Kalte Krieg war aus den Köpfen vieler Menschen verschwunden, lange bevor die Supermächte ihn tatsächlich beilegten. Gleichzeitig behielt er großen Einfluss, weil ihn selbst seine schärfsten Gegner als Negativfolie brauchten und es nicht vermochten, die binäre Ordnungslogik zu überwinden. Das ist die These meines Buches. Kaum irgendwo sonst lassen sich die Erosion und ihre Grenzen so kondensiert studieren wie in der deutschen Sozialdemokratie. Denn ihr Streit um den Vollzug des Doppelbeschlusses war das Resultat davon, dass das Ordnungssystem aus der Zeit fiel. Unterdessen beschleunigte der Konflikt das Nachdenken darüber, wie die Blockkonfrontation überwunden werden könnte. Eine nennenswerte Anzahl von Parteimitgliedern beharrte jedoch auf den Koordinaten des Ost-West-Konflikts. So war es diese seltsame Spannung von Auflösung und Verfestigung, die den sozialdemokratischen Diskurs prägte. Die SPD blieb ein Kind der Ordnung, die sie hinter sich lassen wollte.

Als eine immer größer werdende Zahl von SPD-Mitgliedern ab 1980/81 die Stationierung neuer Atomraketen in der Bundesrepublik und in Westeuropa nicht akzeptierte und stattdessen den Konflikt mit ihrer Parteiführung suchte, ging es also nur vordergründig um Sicherheitspolitik. Zugegeben: Der Anlass, an dem der innerparteiliche Streit entbrannte, war die Frage, ob das westliche Bündnis neue Atomwaffen stationieren und damit riskieren sollte, dass der Gegner und das eigene Territorium ausgelöscht werden könnten. Die Angst vor einem Atomkrieg bewegte viele Menschen in der SPD und außerhalb, und sie war die entscheidende Triebkraft, die den Nachrüstungsgegnern Aufwind gab. Aber eigentlich stritten Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen darüber, ob das Ordnungssystem Kalter Krieg für sie noch Problemlösungspotential hatte. Sie waren gewiss nicht die Einzigen, die über die Bedingungen, die den Atomkrieg möglich machen konnten, diskutierten. Der Nachrüstungsstreit war ein gesellschaftliches Großereignis, und das weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus. Aber die sozialdemokratische Debatte zeichnete sich dadurch aus, dass die meisten relevanten gesellschaftlichen Positionen in ihr vertreten waren und sie daher wie ein Spiegel abbildete, was in der Bundesrepublik und darüber hinaus vor sich ging.

Es war niemand anderes als Bundeskanzler Helmut Schmidt gewesen, der US-Regierung und NATO-Führung 1977/78 überhaupt auf das sogenannte „Grauzonenproblem“ aufmerksam gemacht hatte. Und die Tatsache, dass er die SPD 1979 während des Berliner Parteitages auf seinen sicherheitspolitischen Kurs verpflichtete und auch in den Folgejahren vehement auf ihm bestand, machte die wachsende Kritik an der Parteibasis, in der Parteilinken, unter vielen weiblichen und jüngeren Mitgliedern sowie im protestantischen Milieu der SPD so brisant. Der Kanzler war ein überzeugter Gleichgewichtstheoretiker. Gleichgewicht in all jenen Bereichen, in denen die Supermächte konkurrierten, galt ihm

als unverzichtbare Bedingung für politische Stabilität. Schmidt meinte, dass die Supermächte die Parität ihrer Waffen mithilfe von Rüstungskontrollpolitischen Gesprächen herstellen könnten. Nur in dem Fall, dass dies scheitern sollte, müsste das westliche Bündnis das Gleichgewicht realisieren, indem es selbst „nachrüstete“. Der NATO-Doppelbeschluss entsprach also exakt der politischen Philosophie, mit der Schmidt seine Agenda begründete. Und für viele seiner Zeitgenossen waren diese Grundsätze einleuchtend. Denn sie standen für das, was die Politik der NATO seit dem Harmel-Bericht von 1967 bestimmte. Schmidt behielt mit seinem Standpunkt zur Nachrüstungsfrage bis September 1982 Oberwasser, weil er sich seiner Partei als Garant präsentierte, der für einen Erfolg der Verhandlungen zwischen den Supermächten einstand. Er machte sich dabei elaborierte performative Strategien zunutze, um ein bestimmtes Bild von sich in die Welt zu setzen. Damit war er in der SPD erfolgreich, und die meisten SPD-Mitglieder waren bereit, das Ende der Rüstungskontrolle abzuwarten. Insbesondere die mittlere Funktionärschicht und die Spitze der SPD folgten dem Kurs von Schmidt.

Widerstand aber regte sich in Ortsvereinen und Unterbezirken. Hier bildete sich bereits früh der Typus des sozialdemokratischen Gegenexperten heraus, der das Wissen des Kalten Krieges überwinden wollte, indem er sich selbständig Kenntnisse über die komplexe Materie aneignete und diese in Schnellkursen, Arbeitskreisen und Veranstaltungen zur Geltung brachte. Dass nun sicherheitspolitische Alternativkonzepte in der SPD zirkulierten, in denen die Denkkategorien des Kalten Krieges nichts mehr galten, war neu in der Geschichte der Partei. Kritik wuchs in dem Maße, wie die Aussichten für einen Verhandlungserfolg schwanden. Die Parteibasis und der linke Frankfurter Kreis brachten ab 1980/81 die innerparteiliche Routine zu Fall, indem sie stationierungskritische Beschlüsse fassten und Kooperationen mit außerparlamentarischen Initiativen in der Bundesrepublik oder mit zivilgesellschaftlichen Protestgruppen in den USA eingingen. Als sich die amerikanischen und sowjetischen Unterhändler in Genf ineinander verhakten, wurde es Schmidt unmöglich, seine Kritiker weiter zu bändigen.

Der Konflikt kippte, als sich die Partei ab September 1982 in der Opposition wiederfand. Sofern die Regierungsbeteiligung auf viele von Schmidts Opponenten disziplinierend gewirkt hatte, war nun ein wichtiges Argument entfallen, das dafür sprach, an der Stationierung bis zum Abschluss der Verhandlungen festzuhalten. Immer mehr Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten suchten 1983 den Schulterschluss mit den Demonstranten auf der Straße. Oftmals speisten sie ihre Kenntnisse, wie Demonstrationen organisiert und Flugblätter gedruckt werden mussten, in lokale Friedensgruppen ein. Auch war es für sie wichtig, dass die SPD gegenüber neuen gesellschaftlichen Interessensgruppen offen blieb. Vor allem der Vorsitzende Willy Brandt betonte, dass die SPD eine „Integrationspartei“ sei und das Gespräch mit der Friedensbewegung suchen müsse. Dies führte zu heftigen Auseinandersetzungen mit Schmidt – schon vor dem Bruch der Koalition. Lange Zeit litt die SPD daran, dass viele ihrer Mitglieder doppelten Loyalitäten folgten: Sie besaßen ein Parteibuch jener Vereinigung, der auch Schmidt angehörte, und sahen sich doch gleichwohl als Teil der Friedensbewegung, die bekämpfte, für was Schmidt in ihren Augen stand. Schließlich vollzog aber auch die Parteiführung einen Schwenk und ließ es zu, dass die SPD 1983 auf ihrem Kölner Parteitag die Raketenstationierung ablehnte. Nur Schmidt und 13 weitere Delegierte stimmten noch für die Nachrüstung. Selbst wenn die SPD nun ihren jahrelangen Streit beigelegt hatte, waren die Konflikte nicht ausgestanden. Denn für sie ging es um mehr als nur darum, ob zusätzliche Atomraketen in die Bundesrepublik kommen sollten.

Dieses Buch hat die Geschichte des sozialdemokratischen Nachrüstungsstreits hauptsächlich zwischen 1979 und 1983 erzählt. Ich habe argumentiert, dass die SPD eine internationale politische Entwicklung erörterte, dabei aber ihre eigene Identität neu vermaß, weil sie zu bemerken glaubte, dass die Ordnungsmuster brüchig wurden, die ihre Welt bislang strukturiert hatten. Das gilt vor allem für den Kalten Krieg, der in den frühen achtziger Jahren nur noch wenigen Sozialdemokraten etwas sagte. Es lässt sich aber auch auf anderen Ebenen beobachten. Zunächst einmal schwebte über allen Diskussionen in der SPD wie ein Damoklesschwert die Erinnerung an das große Schisma in der eigenen Parteigeschichte. Dass die Arbeiterbewegung während des Ersten Weltkrieges eine Spaltung erlebt hatte, von der sie sich lange nicht erholte, verstanden die Kritiker Schmidts als Warnung, die innerparteiliche Ordnung zu wahren. Gleichzeitig diente der Blick zurück aber auch dazu, den Widerstand gegen die Atomraketen zu rechtfertigen. Die SPD sah sich als „Friedenspartei“, die seit ihren Anfängen gegen „Militarismus“ und „Imperialismus“ gekämpft hatte. Dieses Selbstverständnis belebten die Nachrüstkritikerinnen und -kritiker in den achtziger Jahren neu. Ihre Forderung, die SPD müsse das entspannungspolitische Erbe bewahren und die Supermächte dazu bringen, weiterhin den Ausgleich zu suchen, begründeten sie vor allem mit geschichtspolitischen Argumenten.

Aber auch diejenigen in der Partei, die den NATO-Doppelbeschluss für unvermeidlich hielten, erläuterten ihren Standpunkt durch historische Anleihen. Sie bezogen sich auf reformistische Strömungen in der Parteigeschichte und stellten sich als pragmatische Verteidiger des Machbaren dar. Wer in die Vergangenheit blickte, der fand dort das, wonach er suchte. Es war allerdings einer historischen Hypothek geschuldet, dass es der SPD nicht gelang, eine klare Position zu den Atomraketen einzunehmen. Sie hatte es in ihrer Geschichte bislang nicht vermocht, die Frage verbindlich zu klären, ob der Friede auch mit kriegerischen Mitteln erzwungen werden durfte oder nicht. Dieses Versäumnis rächte sich in den achtziger Jahren. Doch auch Bilder von der deutschen Vergangenheit spielten eine wichtige Rolle. Und selbst hier blieb der geschichtspolitische Rekurs vom Standpunkt des Betrachters abhängig. SPD-Mitglieder zogen höchst unterschiedliche Lehren aus der Vergangenheit ihres Landes. Die einen nahmen die Schuld der Deutschen am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zum Anlass, um vor einer Stationierung von Atomraketen in der Bundesrepublik zu warnen, welche die Sowjetunion zu einem vorbeugenden Erstschlag herausfordern oder die Vereinigten Staaten darin bestärken könnten, dass ein Atomkrieg zu gewinnen sei. Die anderen sahen in den Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft einen Beleg, dass der sowjetische Totalitarismus eingedämmt und alles getan werden müsste, damit die Bundesrepublik die Widerstandskraft des westlichen Bündnisses nicht schwächte.

So wie der historische Rückblick dazu taugte, verschiedene Lehren aus der Geschichte abzuleiten, so gelangten die Mitglieder der SPD auch zu entgegengesetzten Einschätzungen, was die Zukunft bringen würde. Während die meisten Befürworter der Stationierung keinen Grund sahen, vom traditionsreichen Fortschrittsoptimismus der Arbeiterbewegung abzurücken, machten sich große Teile der nachrüstkritischen SPD die Modernitätskritik und Fortschrittsskepsis zu eigen, die in der bundesdeutschen Gesellschaft grassierten. Am prägnantesten kamen diese Stimmungen in jenen gedanklichen Figuren zum Ausdruck, für welche die Zeitgenossen den Begriff „Atomangst“ fanden: der Sorge vor einer nuklearen Selbstvernichtung des Planeten, hervorgerufen durch das Wettrüsten der Supermächte. Das Unbehagen gegenüber den Atomraketen speiste sich aus einer tiefverwurzelten zeitgenössischen Technologiekritik, die nicht mehr alles für sinnvoll hielt, was

gemacht werden konnte. Stand die Atomkraft noch in den fünfziger und sechziger Jahren als Symbol für den Fortschritt und die Plan- und Gestaltbarkeit von Politik und Gesellschaft, setzte sich in den siebziger Jahren eine andere Sichtweise durch. Neue soziale Bewegungen betonten die Risiken und Gefahren, die von der Kernenergie ausgingen. Dabei dehnten sie ihre Kritik auch auf die Prinzipien der Arbeits- und Industriegesellschaft, auf den Massenkonsum und das Wachstumsparadigma aus. Dieses Denken gelangte in die SPD, wo es den alten zukunftsoptimistischen Konsens der Arbeiterbewegung unterspülte. Bis dahin war die Sozialdemokratie davon ausgegangen, dass sich die Lage der Arbeiter verbessern ließe. Während diese Einstellung vielen Parteimitgliedern spätestens im Nachrüstungsstreit fragwürdig wurde, inkorporierte die SPD das Unbehagen am Fortschritt in ihren traditionellen Glauben an die Verbesserbarkeit der Verhältnisse, als sie in ihrem Berliner Grundsatzprogramm von 1989 das Konstrukt des „qualitativen Wachstums“ in ihren Deutungshorizont aufnahm.

Die Sozialdemokraten sprachen nicht nur über ihre Vorstellungen von der Vergangenheit und der Zukunft. Sie bestimmten auch neu, über was gesprochen und wie gehandelt werden durfte. So war die Raketenkontroverse zunächst ein Streit um die richtigen sicherheitspolitischen Konzepte. Als solche hatte sie eine unmittelbare Relevanz für die SPD, weil sie festlegte, was diese in ihren Partei- und Wahlprogrammen fordern und in einer neuen Regierungskoalition umsetzen konnte. Denn die SPD war wie andere Parteien auch die Schnittstelle zwischen einem bestimmten gesellschaftlichen Milieu und der Politik. Und etliche Parteimitglieder beanspruchten, bessere Verteidigungstheorien als ihre Spitze zu kennen, die nicht mehr auf den Voraussetzungen des ideologischen Ost-West-Konflikts beruhten. Die Spannweite reichte hier von der „Gemeinsamen Sicherheit“ über die „Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ bis zur „Sozialen Verteidigung“.

Bald ging es aber auch um die legitimen Formen, in denen sie handeln konnten. Wie weit durften jene gehen, die ihren Widerstand gegen die Vertreter des offiziellen Kurses anzeigen wollten? Welche Praktiken waren akzeptabel? Der Streit um geeignete Aktionsformen erschütterte die SPD nachhaltig. Ein Grund dafür war, dass derjenige, der neue Wege austestete, um seinen Dissens kundzutun, dies häufig gemeinsam mit Friedensinitiativen tat. Auch transnationale Vernetzungen mit der *Freeze Campaign* in den USA gaben Konfliktstoff her, wenngleich die SPD als Gesamtpartei sich durch sie legitimiert sah. Aber der Nachrüstungsstreit war für die Sozialdemokratie die Gelegenheit, um über ihr Verhältnis zu außerparlamentarischen Bewegungen nachzudenken. Die Friedensbewegung, in der sich viele Parteimitglieder engagierten, trug die Forderung nach mehr politischer Mitsprache in die SPD, nach Plebisziten und einer flacheren innerparteilichen Hierarchie. In Verbindung mit den neuartigen Protestweisen störte dies die Routine des innerparteilichen Konfliktaustrags ganz empfindlich. Die Rituale des sozialdemokratischen Parteilbens gerieten auf den Prüfstand, und die Versammlungskultur der SPD wandelte sich. So wie die Praktiken der Nachrüstungskritiker den Streit um die Raketen katalysierten, so veränderte auch die SPD ihr Gesicht als Partei. Freilich rief das erhebliche Konflikte zwischen älteren Genossen und solchen hervor, die erst in den siebziger Jahren in die SPD eingetreten waren. Die Beharrungskräfte blieben groß, und die Neudefinition dessen, was politisch sagbar und was als Ausdrucksform von Protest akzeptabel war, blieb für die Sozialdemokratie eine Suchbewegung.

Neben der inneren Verfasstheit der Bundesrepublik ging es für die SPD auch darum, ihr Verhältnis zum Ort Deutschlands in der Welt zu finden. Der Streit über die Atomraketen kreiste um ein internationales Ereignis, das die meisten Gesellschaften westlich des

Eisernen Vorhangs aufwühlte. Fast alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sorgten sich um die Entspannungspolitik und fürchteten einen Atomkrieg. Für sie war der Kalte Krieg längst vorüber, und sie konnten nicht verstehen, warum die Supermächte wieder auf die Konfrontation zusteuerten. Willy Brandt und andere Emissäre des Parteiapparats oder der Fraktion reisten in jenen Jahren nach Washington und Moskau, um die Supermächte zu ernsthaften Verhandlungen zu überreden. Nachdem die SPD 1982 auf den Oppositionsbänken Platz genommen hatte, spannen Sozialdemokraten um Egon Bahr und Erhard Eppler Gesprächsfäden zu den Machthabern in Ost-Berlin und Moskau. Damit verfolgten sie das Ziel, die Ergebnisse ihrer Entspannungspolitik aus den siebziger Jahren zu bewahren und zu vertiefen. Sie handelten mit der SED eine chemie- und atomwaffenfreie Zone durch Europa aus und scheuten sich auch nicht, den „Streit der Ideologien“ in einem gleichnamigen Papier zu entschärfen, das 1987 Furore machte.

Dass die Werte des Westens allgemeingültig sein sollten, überzeugte jene SPD-Mitglieder nicht mehr, die laut darüber spekulierten, wie die Binarität des Ost-West-Konflikts durch politische Neuordnungskonzepte ersetzt werden könnte. Ein erster Schritt sollte sein, dass die Abschreckungsdoktrin der NATO durch „Gemeinsame Sicherheit“ abgelöst wurde. Für viele Nachrüstungskritikerinnen und -kritiker in der SPD ging es darum, dass die Welt nicht mehr in Freund und Feind eingeteilt werden durfte, weil dieses Denken das Überleben der Menschheit gefährdete. Stattdessen betonten sie die Verflochtenheit und die Interdependenz der Probleme, mit denen in ihren Augen alle Nationen der Erde konfrontiert waren. Deshalb verlor der traditionelle Gegensatz von West und Ost rasant an Bedeutung. Noch in den fünfziger Jahren hatten sie sich unter dem Einfluss von Remigranten und solchen Amerikanern, die ihnen gewogen waren, dem Modell des liberalen Konsenses in seiner atlantischen Ausprägung genähert und sich seine Ideen produktiv angeeignet. Nicht zuletzt im Godesberger Programm von 1959 und der Bundestagsrede Herbert Wehners aus dem Jahr 1960 war diese „Westernisierung“ der deutschen Arbeiterbewegung zu einem vorläufigen Abschluss gelangt. Doch schon in den sechziger und vor allem in den siebziger Jahren hatte sich gezeigt, dass die SPD an der Spaltung Europas litt. Wie mitten durch ihr eigenes Land ein Eiserner Vorhang fiel, behagte ihr nicht. Ihre Politik zielte noch während der Kanzlerschaft Brandts darauf ab, den Status quo in Europa zu stabilisieren; bald erhob sie aber weitergehende Forderungen. Als sich die Konfrontation der Supermächte ab Ende der siebziger Jahre wieder dramatisch verschärfte und viele Menschen einen Atomkrieg für denkbar hielten, forderten Sozialdemokraten offensiv, dass die Blockkonfrontation überwunden werden sollte. Freilich gab es auch beharrende Kräfte, die es notwendig fanden, sich von der Sowjetunion ideologisch abzugrenzen. Dass sie sich lautstark Gehör zu verschaffen wussten, sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihre Zahl schrumpfte. Wenn also der Kalte Krieg nicht mehr das Denken in der SPD strukturierte, verlor auch „der Westen“ als politisch-ideelles Konstrukt um 1983 seine Überzeugungsfähigkeit.

Wie kann man also den innerparteilichen Konflikt um die Atomraketen in der SPD als Historiker erzählen? Niemand wird bestreiten wollen, dass die Sozialdemokraten den Doppelbeschluss auf ihrem Berliner Parteitag 1979 erst unterstützten und dann 1983 in Köln von den Konsequenzen abrückten, die in der Interpretation der NATO aus der Allianzentscheidung folgten. Während sich in der Retrospektive auf die achtziger Jahre und auch noch in der Forschungsliteratur zwei Narrative unterscheiden lassen, die entweder die Heimkehr der SPD zu ihren friedenspolitischen Wurzeln lobten oder den Zerfall des sicherheitspolitischen Konsenses beklagten und anti-amerikanische, neutralistische oder pa-

zifistische Tendenzen auf dem Vormarsch sahen, schlage ich einen anderen Erklärungsansatz vor. Zunächst hat meine Untersuchung gezeigt, dass man die Geschichte der Sozialdemokratie nicht länger als Parteigeschichte im nationalen Rahmen schreiben kann. Stattdessen ist es notwendig, selbst auf die Logiken innerparteilicher Debatten durch eine gesellschafts-, kultur- und verflechtungsgeschichtliche Linse zu blicken. Außerdem kann nur derjenige entschieden historisieren, was Sozialdemokraten sprachen und wie sie handelten, der bereit ist, ihr Tun und Lassen aus einer Perspektive der Fremdheit zu beschreiben, die nichts für selbstverständlich nimmt und sich schon gar nicht wertend auf zeitgenössische Positionen einlässt.

Deshalb argumentiere ich, dass man den Nachrüstungsstreit in der SPD innerhalb einer längeren historischen Entwicklungslinie sehen sollte, in der die Partei von verschiedenen Seiten unter Druck geriet. Meine Studie legt frei, wie der wahrgenommene Bruch etablierter Ordnungen – darunter war der Verschleiß des Systems des Kalten Krieges sicherlich am folgenreichsten – die Partei vor schwere Herausforderungen stellte. Und sie offenbart, wie die Angehörigen des sozialdemokratischen Spektrums im Versuch, innerparteilichen Dissens zu bewältigen, weitere Rahmensetzungen sprengten: SPD-Mitglieder und Sympathisanten engagierten sich in der außerparlamentarischen Friedensbewegung und demonstrierten damit, dass die SPD als Partei für sie nicht mehr fähig war, auf die wahrgenommenen Probleme der Gegenwart zu reagieren. Sie vernetzten sich mit Aktivisten jenseits der bundesdeutschen Grenzen und machten deutlich, dass der nationalstaatliche Rahmen für ihr politisches Anliegen zu eng geworden war. Sie suchten nach Möglichkeiten, wie verstärkte Partizipationsmöglichkeiten in das politische System der Bundesrepublik integriert werden könnten und sprachen dem Repräsentativprinzip ihres Landes seine Funktionsfähigkeit ab. In all diesen Fällen wurde offenkundig, dass die nachrüstungskritischen SPD-Mitglieder und Sympathisanten ihr Denken und Handeln nicht vorrangig an binären Mustern ausrichteten. Sie akzeptierten die traditionelle Grenze zwischen Partei und Gesellschaft nicht mehr, sie relativierten das Nationale als internationales Strukturierungsprinzip und wollten das Politische dezentralisieren.

Das Zusammentreffen mit politischem Widerspruch stellte die Sozialdemokratie der achtziger Jahre also vor grundlegende Probleme, in deren Bewältigung sie ihre Identität im Sinne ihres Selbst- und Fremdbildes modifizierte. Dass die disziplinierende Wirkung des Kalten Krieges in der SPD nachließ, war zugleich Indikator und Motor tiefgreifender Wandlungsprozesse in der Partei. Betrachtet man sie als Teil eines größeren Ganzen, so lassen sich Anzeichen dafür ausmachen, dass es der Sozialdemokratie nicht gelingen wollte, ihre Erosion aufzuhalten. Insofern wäre der Konflikt um die Raketen in den achtziger Jahren ein Bestandteil unserer Gegenwart und nicht nur ihrer Vorgeschichte.

Den Nachrüstungsstreit in der SPD habe ich als eine Entwicklung beschrieben, die von Konflikten zwischen der Arbeiterbewegung als „alter sozialer Bewegung“ und der Friedensbewegung als „neuer sozialer Bewegung“ geprägt war. Die Fronten verliefen mitten durch die Partei, denn viele Mitglieder verorteten sich selbst im „alternativen Milieu“¹ der Bundesrepublik. Deshalb geriet die Sozialdemokratie unter massiven Rechtfertigungsdruck. Ihre programmatischen Zielsetzungen und ihre Vergemeinschaftungsformen, Bräuche und Symbole sagten vielen Mitgliedern und Sympathisanten nichts mehr. Auch rein quantitativ gab es immer weniger Arbeiter, denn das postindustrielle Dienstleistungszeitalter veränderte die Art und Weise, wie Menschen tätig waren und ihre Freizeit gestalteten.

¹ Reichardt/Siegfried: Milieu.

Gleichwohl pflegten viele traditionalistisch orientierte Ortsvereine liebgewonnene Rituale weiter. Dieser Gegensatz, der die SPD zerriss, wurzelte in den siebziger Jahren, als junge Akademiker in die Partei eingetreten waren. Aber erst unter dem Eindruck des Protests gegen die Atomwaffen entlud er sich mit voller Wucht. In jenen Jahren verlor die SPD tausende Mitglieder an die Grünen und an außerparlamentarische Initiativen.² Sie erwies sich für viele, die ihr einstmals wohlgesonnen waren, als zu verkrustet und veränderungsresistent, um auf neue Problemlagen zu reagieren. Nachdem die Grünen als vierte parlamentarische Kraft im Bundestag Fuß gefasst hatten und sich den Sozialdemokraten bald auch als möglicher Koalitionspartner präsentierten, zeigte sich, dass diese Entwicklung keine vorübergehende Erscheinung war. Der SPD war in ihrem eigenen politischen Segment eine Konkurrenz erwachsen.

Sieht man auf die Geschichte der Sozialdemokratie in den letzten vierzig Jahren, so kann man unschwer eine Tendenz zur Erosion ausmachen. Die ehemals so mächtige Arbeiterbewegung büßte im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts dramatisch an Integrationskraft ein. Man muss diese Entwicklung im zeithistorischen Kontext sehen. In fast allen Industrienationen setzten ab den siebziger Jahren Transformationsprozesse von „revolutionärer Qualität“³ ein, die neben ökonomischen und sozialen Auswirkungen auch das Bewusstsein vieler Menschen veränderten. Damit gewinnt man ein Erklärungsmodell, das die Schwierigkeit der SPD deuten hilft, den widerstreitenden Interessen gerecht zu werden. Denn so wie sich die Problemwahrnehmungen in der Partei vervielfachten, so nahmen auch die Lösungsvorschläge aus den verschiedenen Gruppen der Sozialdemokratie zu. Bald sahen sich die Zeitgenossen in einem „Age of Fracture“.⁴ Das führte zu Konflikten, zu Streit und zu Spaltungen.⁵ Und es spricht einiges für die Annahme, dass sich die Parteienlandschaft der Bundesrepublik pluralisiert hat, weil auch die deutsche Gesellschaft heterogener geworden ist. Für SPD-Mitglieder kann gelten, was als ein Basisprozess der „Moderne“ beschrieben worden ist: Sie lösten sich „aus rechtlichen und sozio-kulturell normierten Sozialbezügen“.⁶

Dass diese Entwicklung auf ihr Ende als politische Volkspartei zuführen würde, haben manche Kommentatoren noch vor wenigen Jahren geunkt.⁷ Nun ist der Blick in die Zukunft nicht das Geschäft des Historikers. An dieser Stelle ging es vielmehr darum, den sozialdemokratischen Nachrüstungsstreit in der Kultur- und Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik zu verorten. Dabei ist klar geworden, dass der Konflikt Teil eines historischen Prozesses ist, der nicht abgeschlossen war, als die Raketen stationiert wurden. Er steht dafür, wie Sozialdemokraten politisch orientierungslos wurden, weil sich die Welt um sie herum veränderte.⁸ Gleichzeitig ist er ein Indikator dafür, wie sich die Gesellschaft Westdeutschlands „nach dem Strukturbruch“⁹ und den damit einhergehenden Unsicherheiten pluralisierte. Für die SPD brachte diese Entwicklung einen erheblichen Anpassungsdruck und innerparteiliche Schwierigkeiten mit sich, die sie nicht zu ihrem Vorteil auflösen konnte.

² Zahlen bei Lösche/Walter: SPD, S. 159.

³ Doering-Manteuffel/Raphael: Boom, S. 28.

⁴ Rodgers: Age of Fracture.

⁵ Vgl. auch in europäischer Perspektive Walter: Vorwärts, S. 63–86.

⁶ Dazu historisierend Wirsching: Preis, S. 23.

⁷ Statt vieler Beispiele Volker Zastrow: Requiem für eine Volkspartei. SPD im Dauertief, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6. 9. 2009.

⁸ Vgl. auch J.-W. Müller: Cold War, S. 12.

⁹ Andresen u. a.: Strukturbruch.

Die Ergebnisse, die diese Studie zutage gefördert hat, reichen weit über das sozialdemokratische Segment in der westdeutschen Gesellschaft hinaus. Denn überall dort, wo Menschen gegen die Atomraketen protestierten, sprachen sie über mehr als über die Sicherheitspolitik. Es ging ihnen um die Wirkmächtigkeit des Ordnungssystems Kalter Krieg. Das neue Denken, das sich bald herauschälte, hatte weitreichende Folgen und ließ selbst jene nicht unberührt, für die der Kalte Krieg zentral war. Die Tatsache, dass Reagan nach seiner Wiederwahl 1984 einen anderen politischen Kurs einschlug, Atomwaffen generell beseitigen wollte und ein kooperatives Verhältnis zur Sowjetunion suchte, lässt sich nahtlos in dieses Narrativ einfügen: Für ihn und seine Berater verlor der Kalte Krieg ebenfalls an Sinn. Melvyn P. Leffler weist darauf hin, dass der Kalte Krieg in der Wahrnehmung Reagans schon ab 1985 zu Ende war.¹⁰ Mit Jussi M. Hanhimäki könnte man auch argumentieren, dass bereits die Entspannungspolitik der sechziger und siebziger Jahre neue Formen und Regeln in die internationalen Beziehungen eingeführt hatte, die den Kalten Krieg langfristig destabilisierten.¹¹

Das soll aber nicht heißen, dass der Nachrüstungsstreit das realpolitische Ende des Kalten Krieges einläutete – zu kontingent war die Situation 1983.¹² Mit Holger Nehring ließe sich gleichwohl sagen, dass die Friedensaktivistinnen und -aktivisten dauerhaft die politisch-kulturellen Normen veränderten, mit denen die Supermächte ihre Rivalität austragen konnten.¹³ Es wäre deshalb noch genauer zu prüfen, inwiefern und ab wann der Kalte Krieg auch in anderen westeuropäischen Ländern fragwürdig wurde und ob er aus den Köpfen der Menschen verschwand, die im Machtbereich des Warschauer Paktes lebten.¹⁴ Denn es spricht vieles dafür, dass in den siebziger und achtziger Jahren diskursive Ordnungen weit über die Sozialdemokratie hinaus zusammenbrachen. Und als gesichert kann gelten, dass es mit der Binarität internationaler Ordnungsvorstellungen nach 1989/90 erst einmal vorbei war.

¹⁰ Leffler: *Soul of Mankind*, S. 338–341, 347–365.

¹¹ Hanhimäki: *Détente*, S. 150.

¹² Vgl. Patel/Weisbrode: *Introduction*, S. 2; Ziemann: *Code*, S. 260f.; neuerdings Lebow: *Non-Linear Confluence*.

¹³ Nehring: *Last Battle*, S. 319.

¹⁴ Als Anfang aus einer politikgeschichtlichen Perspektive: Kramer: *The Demise*.